

Streit um Gedenken an NS-Opfer

von Holger Vonhof

Höchster AG „Geschichte und Erinnerung“ will sich nicht beugen

Der Streit um die Verlegung von Stolpersteinen in Höchst spitzt sich zu. Die Höchster AG „Geschichte und Erinnerung“ lehnt es ab, dass nur die Frankfurter Initiative diese verlegt.

Höchst. Die Ankündigung der „Initiative Stolpersteine Frankfurt am Main“, in Höchst und den Stadtteilen des Westens könnten auch weitere Stolpersteine für NS-Opfer verlegt werden, will die Höchster AG „Geschichte und Erinnerung“, die seit 2006 Stolpersteine im Frankfurter Westen verlegt, so nicht akzeptieren. „Wir bedauern, dass in der Pressemitteilung der Frankfurter Gruppe absichtlich oder unabsichtlich der Eindruck erweckt wurde, dass künftig in Frankfurt nur noch von ihnen und nicht mehr von unserer AG ‚Geschichte und Erinnerung Stolpersteine‘ verlegt werden“, heißt es jetzt in einer Mitteilung der Höchster Gruppe.

Hintergrund ist ein Streit mit dem Kölner Stolperstein-Künstler Gunter Demnig um die Terminologie auf mehreren der Steinen: Die Stolpersteine sind Gedenksteine aus Messing, die am einstigen Wohnort der Opfer in den Bürgersteig eingelassen werden. Darauf wird der Name des Opfers und sein Schicksal, soweit bekannt, vermerkt. So soll die Erinnerung an die verschwundenen Nachbarn zurück in den Alltag geholt werden.

Die Höchster AG hatte nun aufbegehrt, weil Demnig auf eine bundeseinheitliche Sprachregelung Wert legt. Bei dem Streit geht es um den von den Nationalsozialisten einst verwendeten Begriff „Polenaktion“, mit dem die Deportation mehrerer tausend jüdischer Polen aus dem Deutschen Reich im Jahr 1938 bezeichnet wurde. „Das ist Tätersprache“, sagt Waltraud Beck, langjährige Mitarbeiterin der AG „Geschichte und Erinnerung“.

Mit dieser Beschriftung sind in den vergangenen Jahren in Frankfurt und anderen Städten Stolpersteine für Menschen verlegt worden, die am 28. Oktober 1938 nach Polen deportiert wurden. In Höchst, so die Initiative, soll das nicht so sein: Die AG lehnte die Beschriftung mit „Polenaktion“ ab. Auch in München gab es bereits Widerstand gegen diese Begrifflichkeit; dort hatte die Jüdische Gemeinde Einspruch erhoben. Die Höchster Gruppe will nun auch andere Stolperstein-Initiativen über den Konflikt informieren und eine Diskussion führen.

Verlegung verschoben

Der Vorsitzende der „Initiative Stolpersteine Frankfurt am Main“, Hartmut Schmidt, hatte mitgeteilt, die Frankfurter Initiative werde künftig Wünsche nach Verlegung von Stolpersteinen auch in den westlichen Stadtteilen selbst realisieren. Die Höchster, die bereits zuvor gesagt hatten, wegen eines anderen arbeitsintensiven Projekts im kommenden Jahr eine Pause einlegen zu wollen, werden nun vier für die Deportierten Isidor Neger und Moritz, Lina und Ruth Weinreb vorgesehenen Steine (wir berichteten) wegen des Streits nicht verlegen. Stattdessen laden sie für den 9. Juli zu einer Gedenkfeier für die Familie Weinreb in die Bauhofstraße 1 (16 Uhr), bei der auch Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) ein Grußwort sprechen will. Dabei wird eine Tafel enthüllt, an der sich die Wohnungsbaugesellschaft ABG und die Höchster Hostatoschule finanziell beteiligt haben. „Eigentlich wollten wir in diesem Jahr unseren 104. Stolperstein verlegen; jetzt werden es nur Nummer 99 und 100“, sagt Beck.

Doch die Höchster AG „Geschichte und Erinnerung“ fordert nun die Bereitschaft, über Legitimität und Wirkung der gegenwärtigen Erinnerungskultur nachzudenken. Die AG hatte in den vergangenen Jahren in akribischer Quellenarbeit Schicksale aus Höchst, Unterliederbach, Nied oder Sindlingen recherchiert und dann Stolpersteine vor den ehemaligen Wohnhäusern der NS-Opfer verlegt. Diese Recherchen sind oft langwierig; die Mitglieder der AG stehen mit vielen Überlebenden und den Nachkommen der Opfer in engem Kontakt. Für die Verlegung von weiteren Stolpersteinen in der Zukunft seien die Recherchen bereits abgeschlossen: Die Höchster AG will den Anspruch der Frankfurter Initiative, für das ganze Stadtgebiet zuständig zu sein, nicht akzeptieren.

Informationen gesucht

Die beiden unstrittigen Steine für Irma Wolff und ihren Sohn Gerhard werden am Montag, 6. Juli, um 16 Uhr in der Dalbergstraße 2 verlegt. Zu Isidor Neger, 1910 in Leipzig geboren, sowie Irma Wolff und ihren Sohn Gerhard (1930 in Höchst geboren) hofft die Höchster AG noch auf weitere Informationen – wie auch zu den Weinrebs. „Zumindest den 1930 geborenen Gerhard Wolff müsste noch jemand gekannt haben“, sagt Beck. Die Wolffs lebten zunächst in der Emmerich-Josef-Straße 38; Mitte 1933 zogen sie in die Dalbergstraße 2 a um. Nach der Reichspogromnacht 1938 verliert sich ihre Spur in Höchst. 1939 starb der Vater Simon Wolff mit nur 44 Jahren. Am 11. Juni 1942 wurden Irma und Gerhard deportiert.

Wer die Nazi-Opfer kannte oder vielleicht Fotos von ihnen hat, erreicht Waltraud Beck, Telefon (0 69) 30

78 95, E-Mail waltraud@beck-stromberger.de, oder Marianne Ockenga, Telefon (0 69) 34 71 63, marianne.ockenga@t-online.de.

Artikel vom 20.06.2015, 03:30 Uhr (letzte Änderung 20.06.2015, 03:33 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Streit-um-Gedenken-an-NS-Opfer>;art675,1455248

© 2015 Frankfurter Neue Presse